



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 24.01.2024 – Auszug aus Drucksache 19/326 –

Frage Nummer 11 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordnete
**Katharina
Schulze**
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)

Angesichts von Hunderttausenden Menschen, die in den vergangenen Tagen bundesweit auf die Straßen gegangen sind, um gegen Rechtsextremismus, Demokratiefeindlichkeit und Vertreibungspläne zu demonstrieren, frage ich die Staatsregierung, ob sie Erkenntnisse zur Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern aus dem bayerischen rechtsextremen Milieu am von dem Recherchekollektiv Correctiv aufgedeckten Treffen des sogenannten Düsseldorfer Forums in Potsdam im November 2023 besitzt¹, wie die Staatsregierung die vom rechtsextremen Milieu für den Freistaat Bayern ausgehende Gefahr bewertet und welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreifen wird, um der von rechtsextremen Akteurinnen und Akteuren ausgehende Gefahr für den Freistaat Bayern entgegenzuwirken?

Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Am 10.01.2024 wurde auf dem Rechercheportal correctiv.org ein Beitrag veröffentlicht, wonach Ende November 2023 ein Treffen von AfD-Funktionären und Vertretern der rechten Szene bei Potsdam stattfand. Bezüglich der konkreten Veranstaltung liegen dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) keine Informationen aus dem eigenen Informationsaufkommen vor.

Die in der Presseberichterstattung als Organisator bzw. Veranstalter genannten Personen sind aktuell in Bayern wohnhaft. Beide Personen sind dem BayLfV bisher nicht in extremistischen Zusammenhängen bekannt geworden.

Eine weitere in der Presse genannte Teilnehmerin ist eine bayerische Bundestagsabgeordnete, die ebenfalls nicht unter Beobachtung des Verfassungsschutzverbundes steht.

Die vom rechtsextremistischen Akteuren ausgehende Gefahr wird von der Staatsregierung schon seit Längerem als groß eingeschätzt.

¹ <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechts-extreme-november-treffen/>

Das rechtsextremistische Personenpotenzial in Bayern belief sich Ende 2022 auf insgesamt 2 590 Personen (2021: 2 700 Personen), von denen etwa 1 070 als gewaltorientiert eingestuft werden (2021: 1 075). Darunter waren rund 690 Neonazis (2021: 730).

Im Zusammenhang mit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 bekam die rechtsextremistische Szene ideologischen und propagandistischen Auftrieb. Die Folge war ein Ausfransen der rechtsextremistischen Szene in ein Umfeld hinein, das bislang nicht in rechtsextremistischen Strukturen verankert war.

Daneben ist in der rechtsextremistischen Szene eine Hinwendung zu dezentralen Strukturen und Formen des extremistischen Aktionismus zu beobachten. Die Mitglieder- und Anhängerzahlen der extremistischen Parteien gehen sukzessive zurück. Diese hierarchisch aufgebauten Organisationsformen werden zunehmend ersetzt durch diffuse Personenzusammenschlüsse im Internet oder durch aktive Einzelpersonen, die sich in nicht öffentlichen Bereichen des Internets radikalieren und extremistische oder gar terroristische Aktionen vorbereiten noch bevor sie durch realweltliche Aktivitäten auffallen.

Den Gefahren des Rechtsextremismus begegnet die Staatsregierung mit einer Vielzahl repressiver und präventiver Maßnahmen.

Im Verfassungsschutzverbund wurden beispielsweise Maßnahmenpakete entwickelt, um die Analyse und Bekämpfung von rechtsextremistischen Strukturen, Netzwerken und Einzelpersonen zu verbessern.

Das BayLfV intensiviert die Überprüfung von Erst- und Mehrfachtätern, die durch rechtsextremistische Straf- oder Gewalttaten aufgefallen sind. Dabei werden insbesondere Internetpräsenz, Vernetzung und Kontakte zur Szene in den Blick genommen und verstärkt nachrichtendienstliche Mittel gegen Rechtsextremisten eingesetzt. Damit wird der bereits nach der Aufdeckung des „NSU“ in Bayern entwickelte personenbezogene Ansatz verstärkt und auf einen größeren Personenkreis ausgedehnt. Denn gerade von Personen, die bisher nicht in der rechtsextremistischen Szene fest verankert waren, gehen immer mehr Straftaten aus.

Die Staatsregierung setzt seit Jahren neben repressiven Maßnahmen auch auf Präventionsarbeit, um das Entstehen von extremistischem Gedankengut bereits im Ansatz zu verhindern. Die Maßnahmen reichen dabei von der allgemeinen Demokratieverziehung und Wertebildung, Öffentlichkeitsarbeit und phänomenbezogenen Informationen über spezifische Fortbildungs- und Beratungsangebote bis hin zu Deradikalisierungs- und Aussteigerprogrammen. Diese Angebote werden von den jeweils federführenden Ressorts (Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI), Staatsministerium der Justiz, Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst sowie Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales) eigenverantwortlich, aber in enger Abstimmung untereinander angepasst und weiterentwickelt.

Um die Öffentlichkeit über die von extremistischen Bestrebungen ausgehenden Gefahren zu informieren, bietet das BayLfV verschiedene Präventions- und Informationsprodukte an. Eine zentrale Rolle spielen hierbei die turnusmäßig gemeinsam mit dem StMI herausgegebenen Verfassungsschutzberichte und Halbjahresinformationen sowie Podcastfolgen.

Insbesondere aufgrund von neuen Entwicklungen und aktuellen Herausforderungen im Bereich des Rechtsextremismus wurde das Handlungskonzept gegen

Rechtsextremismus unter Federführung des StMI erneut überarbeitet, Anfang 2023 veröffentlicht und im politischen Raum sowie an fachlich betroffene Stellen verteilt. Das Handlungskonzept wird unter Einbeziehung neuer Erfahrungen und Erkenntnisse kontinuierlich weiterentwickelt.

Die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) bietet Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Schulen vielfältige Informationen und Beratungsleistungen an. So wurden beispielsweise die Kommunenberatung intensiviert sowie Fortbildungs- und Sensibilisierungsveranstaltungen, insbesondere auch bei Behörden, ausgeweitet.

Die neu konzipierte Handreichung „Umgang mit Rechtsextremisten im Zusammenhang mit Asylbewerberunterkünften“ der BIGE für politische Entscheidungsträger auf kommunaler Ebene sowie deren Mitarbeiter enthält Hintergrundinformationen zur Motivation und Strategie der rechtsextremistischen Szene im Zusammenhang mit Asylbewerberunterkünften, zeigt grundsätzliche Handlungsempfehlungen zum Umgang mit rechtsextremistischer Agitation vor Ort auf und bietet konkrete Tipps bei der Durchführung von Bürgerversammlungen.

Daneben wurden die Präventionsangebote an Schulen sowie Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte um aktuell nachgefragte Themenblöcke wie etwa den Umgang mit Verschwörungstheorien, Nutzung von Sozialen Medien sowie Umgang mit WhatsApp-Gruppen mit extremistischem Inhalt ergänzt.

Im Übrigen wird auf Antworten der Staatsregierung vom 24.01.2023 und 08.02.2023 auf die Schriftlichen Anfragen vom 23.12.2022 der Abgeordneten Toni Schuberl, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Verena Osgyan der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend „Umsetzung der Forderungen des ersten Untersuchungsausschusses zum Nationalsozialistischen Untergrund I – Stärkung der fachlichen Kompetenz der Sicherheitsbehörden im Bereich Rechtsextremismus“ sowie „Umsetzung der Forderungen des ersten Untersuchungsausschusses zum Nationalsozialistischen Untergrund VII – Kampf gegen Rechtsextremismus“ verwiesen (Drs. 18/26083 vom 31.03.2023 und Drs. 18/26900 vom 21.04.2023).